

Betreff:

Schwangerschaftskonfliktberatung

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 01.11.2011

Antragstext:

Im Zuge der Novellierung des Hessischen Schwangerschaftskonfliktgesetzes plant die Landesregierung eine deutliche Kürzung der finanziellen Mittel. Bei der öffentlichen Anhörung am 1. September stießen diese Pläne auf deutliche Kritik, vor allem seitens der kommunalen Spitzenverbände sowie der Liga der Freien Wohlfahrtspflege.

Der Ausschuss möge beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie hoch ist die derzeitige Landesförderung (Personal-/Sachkosten, Freie Träger, kommunale Stelle, Ärzt_innen) für die freien Träger im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung? (Bitte nach Träger und Kostenart aufschlüsseln)

2. Welche finanziellen Auswirkungen sind konkret für die Wiesbadener Beratungsstellen durch die geplante Kürzung der Landesfördermittel zu erwarten?

3. Welche Auswirkungen auf das konkrete Beratungsangebot vor Ort sind durch die geplanten Kürzungen zu erwarten?

II. Der Frauenausschuss spricht sich gegen eine Kürzung der Landesmittel in diesem Bereich aus und bittet die Frauenbeauftragte in seinem Namen einen entsprechenden Brief an die Landesregierung und die Mitglieder des hessischen Landtags zu richten.

Wiesbaden, 01.11.2011

gez. Manuela Schon f.d.R. Evelyn Zell
Stadtverordnete Fraktionsassistentin